

Bezugspreis:
Hierteljährlich
für Bad Ems 3 M.
bei den Postanstalten
(inkl. Postgeb.)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonntage und
Feiertage.
Druck und Verlag
v. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamazeile 40 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Ems, Admstr. 26.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 13

Bad Ems, Freitag den 16. Mai 1919.

71 Jahrgang.

Die Politik des Grafen Brockdorff-Rantzau

Paris, 14. Mai. Graf Brockdorff-Rantzau war vor einigen Tagen in Versailles den Chefredakteur des „L'Echo de Paris“ zu Besuch und legte ihm seine Auffassung über die gegenwärtige Lage dar, wie sie durch den Entwurf des Friedensvertrages geschaffen ist. Auf die Bemerkung, daß nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt die Ansicht vorherrsche, daß der vorgelegte Friedensentwurf nichts als innere Widersprüche enthalte, antwortete Graf Brockdorff-Rantzau:

„Es ist zutreffend, daß der Entwurf des Vertrages zunächst einmütig und verständlich erscheint, weil er Unmögliches von Deutschland verlangt. Nach meiner Überzeugung ist nun der Friede, den der Verband mit seinem Friedensentwurf verfolgt, die Erlangung materieller Garantien gegen Deutschland. Dieser Umstand beweist aber nach meiner Auffassung, daß der Verband sich mit moralischen Garantien von unserer Seite nicht begnügen will, und daß er glaubt, sich mit ihnen nicht begnügen zu können, mit anderen Worten, der Entwurf des Verbandes ist von tiefstem Mißtrauen gegen Deutschland eingeleitet.“

Auf die weitere Frage, wie Deutschland diesem Mißtrauen entgegenzutreten und es widerlegen zu können glaube, antwortete Graf Brockdorff-Rantzau:

„Durch die Tat. Wir selbst wissen, daß das neue Deutschland mit den Grundgesetzen und Gewohnheiten gebrochen hat, die die Ursachen für das Mißtrauen unserer Gegner sind. Wir können aber vorläufig nicht verlangen, daß unsere Gegner blindlings unseren Versicherungen über die bei uns eingetretenen äußeren und inneren Umwälzungen Glauben schenken. Der Verband uns Gelegenheit gibt, durch Handlungen den zwingenden Beweis für die neue Gesinnung des neuen Deutschlands zu liefern. Die erste Gelegenheit werden uns die Verhandlungen bieten, zu denen die deutsche Republik uns nach Versailles gesandt hat. Die wichtigste Voraussetzung dazu ist aber, daß unsere Gegner nichts Unmögliches von uns verlangen. Da ich weiß, daß das neue Deutschland gerade im Punkte der internationalen und diplomatischen Glaubwürdigkeit sich von der Vergangenheit in allen wesentlichen Punkten unterscheidet, daß ich weiß, daß wir aufrichtig und ohne Hintertreiben handeln wollen und handeln werden, so bin ich auch davon überzeugt, daß unsere Gegner diesen Tatsachen gegenüber die Augen nicht werden verschließen können.“

Der Schluß der 3. Note des Grafen Brockdorff-Rantzau lautet:

Vergeßlich würde man einwenden, daß die Besetzung des Saargebietes ja nur für 15 Jahre gedacht ist und daß nach Ablauf dieser Frist eine Abstimmung des Volkes über die künftige Zugehörigkeit entscheiden soll.

Es wird der Rückfall des Gebietes an Deutschland davon abhängig gemacht, daß die deutsche Regierung dann in der Lage sein wird, den Kaufpreis der Kohlenbergwerke des Gebietes der französischen Regierung gegen Gold abzulösen, und falls die Zahlung nicht geleistet werden kann, soll das Land endgültig an Frankreich fallen, selbst wenn die Bevölkerung sich einstimmig für Deutschland ausgesprochen hat. Nach den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in 15 Jahren über eine entsprechende Menge Gold verfügen können. Es dürfte in der Geschichte der neuen Zeit keine Beschreibung dafür geben, daß eine zivilisierte Macht die andere veranlaßt, ihre Angehörigen als Gegenwert für eine Summe Goldes unter fremde Herrschaft zu bringen. Die deutsche Delegation erkennt an, daß Frankreich für das zerstörte entschädigt werden muß. Sie gibt auch zu, daß eine Entschädigung in Gold allein der Verschlechterung der Wirtschaftslage Frankreichs nicht entsprechen würde. Wenn also die Forderung der Naturalentschädigung als begründet anerkannt werden soll, so muß und kann die Naturalentschädigung auf einem anderen Wege gesucht werden. An Stelle der ausfallenden nordfranzösischen Kohle würden deutsche Kohlen und zwar nicht nur Saarkohle, sondern auch Ruhrkohle zu liefern sein. Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich über eine solche Kohlenlieferung unschwer ein Abkommen treffen ließe, das allen berechtigten Forderungen Genüge täte. Voraussetzung wäre nur, daß die Sachverständigen die Bedingungen der Lieferung auf geschäftlicher Basis in mündlicher Verhandlung ausarbeiteten.

Was Belgien anlangt, so ist Deutschland bereit, die Schäden Belgiens in vollem Umfang zu machen. Es kann daher keinen Grund dafür erkennen, weshalb es gezwungen sein soll, preussisch Moresnet, so wie die Kreise Eupen und Malmédy abzutreten.

Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Bestimmungen über territoriale Veränderungen im Osten des Reiches in einer besonderen Note zurückzukommen. — Graf Brockdorff-Rantzau.

Die Friedensbedingungen.

Eine kleine Fristverlängerung. Echo de Paris will wissen, daß die Alliierten entschlossen seien, den Deutschen am 22. Mai nur noch eine 48stündige Frist einzuräumen, um ihre Gesamtbemerkungen vorzubringen, die diesmal eine endgültige Form besitzen müßten.

Genf, 14. Mai. Der Vollzugsausschuß der internationalen Arbeiter-Friedenskonferenz, der in Paris tagt, hat dem Vizepräsidenten einen feierlichen Protest gegen den Friedensvorschlag überreicht. Darin heißt es: Deutschland und Rußland müssen von Anfang an im Völkerbund aufgenommen werden. Die Befreiung Polens wird begrüßt, aber gegen die Abtrennung deutscher Bevölkerungsteile und die Abtrennung Ostpreußens wird schärfste Verwahrung eingelegt. Die Bestimmungen über das Saargebiet werden als zu weitgehend erachtet.

Im Falle der Nichtunterzeichnung.

London, 15. Mai. Die „Times“ meldet aus Paris: Der Einmarsch in Deutschland im Falle der Weigerung Deutschlands wird sich nicht nur auf Westdeutschland beschränken. Polnische Truppen stehen an der Ostgrenze und tschechische Truppen an der Südgrenze in mobiler Stärke zur Verfügung der Entente.

London, 15. Mai. „Daily Express“ meldet aus Paris: Im Falle der Nichtannahme des Friedensvertrages durch Deutschland werden die Alliierten den Waffenstillstandsvertrag mit dreitägiger Frist kündigen. Der entsprechende Entschluß der Alliierten wurde in der Montags-Sitzung gefaßt. „Daily Mail“ meldet aus Paris: Marshall Foch hat sich für alle Fälle bei seiner Abreise aus dem Hauptquartier die Vollmachten zur Kündigung des Waffenstillstandsvertrages mitgenommen.

Die Rheinischfahrt.

Bonn, 15. Mai. Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Basel: Der Rhein ist vom Verband bis nach Basel freigegeben worden. Er untersteht der Kontrolle der internationalen Kommission. Diese hat ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Schweiz Angebote für den Transport englischer und amerikanischer Kohlen auf dem Rhein bis Basel annehmen kann, und daß diese Transporte durch die Rheinischfahrts-Alt-Ges. Mannheim überwacht werden.

Die wirtschaftliche Verbindung des Rheinlands mit dem übrigen Deutschland.

Im Texte des Entwurfs der Friedensbedingungen befindet sich folgende Bestimmung: „Es wird die Ermächtigung (d. h. den Verbandsländern) vorbehalten, im Falle der Notwendigkeit eine besondere Zollverwaltung in den besetzten Gebieten zu errichten.“ Diese in der vorliegenden Fassung noch ziemlich offen gelassene Ermächtigung kann, wenn von ihr Gebrauch gemacht werden sollte, über die wirtschaftliche Zukunft der Rheinlande entscheiden.

Die französischen Sozialisten.

Paris, 11. Mai. Eine gewisse Schwankung zugunsten des Friedensentwurfs macht sich in den letzten zwei Tagen in der sozialistischen Presse bemerkbar. Die „Sonnabend-Pattille“, das Organ der G. S. F. (Gewerkschaftsbund), brachte bereits unter der Überschrift „Ein gerechter Frieden“, einen kurzen Artikel, der sich gegen den „Populaire“ richtet und einleitend ausdrückliche erklärt: „Wir teilen nicht die Meinung derjenigen, die in dem Friedensvertrag einen Frieden der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit erblicken.“ — Nachdem die Barenne-Gruppe in der „France libre“ dem Entwurf zugestimmt und sogar die Sembat-Gruppe in der „Deuxième“ nur sehr milde Kritik geübt hat, scheint jetzt die „Humanité“ zu befürchten, daß die Longuet-Richtung durch zu schroffe Gegenwehr ihr kürzlich errungenes Übergewicht wieder verliert. — Die französische rechtssozialistische Richtung zeigt neuerdings eine merkwürdige zurückhaltende Haltung gegenüber den Friedensbedingungen der Entente. Man gewinnt bei der Durchsicht der französischen sozialistischen Zeitungen aller Schattierungen den Eindruck, daß das deutsche Volk ein katastrophales Einverständnis der Entente-Sozialisten zugunsten Deutschlands nicht zu erwarten hat.

Die besetzten Gebiete.

— Marshall Foch wird, wie der Mainzer Anzeiger schreibt, nach seiner Ankunft am 13. Mai in Mainz 2 Tage verbleiben und im Anschluß hieran Wiesbaden und den Taunus besuchen. Dann wird es sich zu Schiff nach Coblenz begeben.

— Rückwanderung in das besetzte Gebiet. Für die Rückwanderung in das besetzte Gebiet sind neue Bestimmungen erlassen worden, durch die alle bis jetzt eingegangenen Wünsche ungültig geworden sind. Es müssen von den betreffenden Personen neue, möglichst kurzgehaltene Gesuche an den Abschnittskommandeur IV der neutralen Zone, Frankfurt a. M., Herrn Ludwig Koch, Abteilung Rückwanderung, Taunus-Anlage 9, gerichtet werden. Diese branden nur zu enthalten: Name, Geburtsort, Geburtsjahr, Berufsziel, Wohnort vor dem 1. August 1914, augenblickliche Adresse und Angabe des Tages, an dem der Antragsteller von Frankfurt a. M. in das Quarantänelager abreisen will. Nur für diejenigen Personen kann von den alliierten Befehlshabern die Erlaubnis zur Rückwanderung in das besetzte Gebiet erteilt werden, die bereits vor dem 1. August 1914 in einem Ort des besetzten Gebietes polizeilich angemeldet waren. Ausnahmen hiervon können nur in ganz besonders dringend begründeten Fällen gemacht werden, doch darf die polizeiliche Anmeldung von dem letzten Wohnort nicht länger zurückliegen als 1. Januar 1913. Zur Einfuhr größerer Umzugsgüter müssen vom Zivilkommissariat Frankfurt a. M., Blittersdorfplatz 27, besondere Formulare angefordert werden.

Es empfiehlt sich, erst dann abzureisen, wenn der Abtransport dieser Güter gesichert ist.

Ein Besuch des Generals Pershing an General Mangin. Der von allen Offizieren und Soldaten der Mainzer Garnison so sehr ersehnte Besuch des Generals Pershing hat gestern stattgefunden. Der General kam kurz vor 12 Uhr im großherzoglichen Palais an, wo die Ehren durch eine Kompanie des Infanterieregiments 170 erwiesen wurden.

Nachmittags begab sich General Pershing in Begleitung des Generals Mangin nach Aasel, wo sie eine Schwadron des 1. Saphis- und ein Bataillon des 10. Schützen-Regiments aus Senegal besichtigten. Nach der Parade machte das Bataillon mit einer großen Vollkommenheit einige Übungen und marschierte an den Generälen vorbei. Dann folgte die ganze Schwadron, die zuerst in geschlossener Formation, dann zu zweien und zuletzt zu vierten in vollem Galopp vorbeisprang, und Gehr- und Säbelübungen machten. Hiernach veranstalteten die Senegaleser erotische Tänze, die sie mit ihrer einheimischen Musik begleiteten.

General Pershing und General Mangin überbrachten den Truppen ihre Glückwünsche, worüber sich dieselben ganz besonders freuten. Die Vollkommenheit und Fertigkeit all dieser Übungen setzten sogar die französischen Soldaten in großes Erstaunen, und hatte trotz des drohenden Regens eine große Menge, für welche dieses ein ganz neues Schauspiel bildete, herangezogen.

General Pershing begab sich hierauf nach Mainz zurück, wo er sich gegen 4 Uhr einschiffte. Die Bevölkerung von Mainz hatte sich dort in großer Anzahl versammelt, ebenso die Offiziere und Soldaten der Garnison, die sich eine Freude daraus machten, den großen verbündeten Führer ein letztes Mal begrüßen zu können.

Die Lage in München.

München, 13. Mai. Der Kommunistenführer Levine-Rissen, eine der Hauptpersonen der Münchener Bolschewisten, ist heute früh 8 Uhr im Hause Schneckenburg in der Wohnung des Kunstmalers Botha Schmidt verhaftet worden, wo er sich verdeckt hielt. Er hatte sich Haar und Bart gefärbt, und nach und nach veränderte er sein Automobil. Auf der Polizeidirektion gestand er ein, Levine zu sein. Mitverhaftet wegen Beihilfe zur Flucht wurden Kunstmalers Schmidt und Architekt Zimmermann.

Das Urteil im Liebkecht-Prozess.

Berlin, 14. Mai. Das Urteil lautet: Angeklagter Jäger Runge wird wegen Vergehens im Felde, versuchten Totschlages und gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Dienstwaffe zu zwei Jahren Gefängnis, wegen Mißbrauchs falscher Papiere zu zwei Wochen Haft und Entfernung aus dem Heere, Leutnant Liepmann wegen unberechtigter Annahme einer Befehlsbefugnis in Verbindung mit Begünstigung zu sechs Wochen verhängten Stubenarrest, Oberleutnant Bogel wegen Vergehens im Felde in Tateinheit mit Begünstigung, Mißbrauch der Dienstgewalt und Vorseitstellung eines Weichnamens zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Von der Anklage wegen versuchten Mordes wird Oberleutnant Bogel freigesprochen, Kapitänleutnant von Pflug-Partung, die Leutnants Stiege, Schulze und Liepmann werden von der Anklage des versuchten Mordes freigesprochen. Hauptmann v. Pflug-Partung und Hauptmann Weller werden freigesprochen.

Wanderverschweizerreise.

Der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Schlittenbauer veröffentlicht gegen den „betrieblamen“ Herrn Gandorfer neuerlich einen Artikel, voll von Enthüllungen über höchst zweifelhafte Manipulationen dieses revolutionären Bauernführers. Besonders Auffehen wird erregen, was Dr. Schlittenbauer über eine geheimnisvolle Reise Gandorfers in die Schweiz enthüllt. Der Mann ist gegen den Willen der Regierung Hoffmann in die Schweiz gefahren auf Grund höchst eigener Vollmacht. Er wollte Äpfel und Äpfel sowie Lebensmittel aufkaufen. Aufgelockert hat er Schokolade, Drangen und Obst. Bei der bayerischen Gesundheitsbehörde hat er sich mit folgenden Worten eingeführt: „Das jagt ich eu, davongehauen werdet ihr alle!“ Dr. Schlittenbauer schreibt nun weiter: „So kann nur ein Mensch reden, der in seinem Machtbewußtsein übergeschnitten ist. Unter den also Angeredeten befand sich auch der Landtagsabgeordnete Bauer, Direktor des Konsumvereins München-Endling, den offenbar Dr. Gandorfer nicht kannte. Er erklärte Herrn Gandorfer: „Herr Gandorfer, darüber werden wir wohl im Landtag auch noch ein Wortchen zu sprechen haben.“ Voran sprach er etwas zögerlicher. Eine Geistesfahne hat der Herr Gandorfer in der Schweiz gemacht mit dem größten Schieber von Zürich, Emanuel, aber nicht bloß in Lebensmitteln, sondern auch in Seidenstoffen auf eigene Rechnung. Herr Staatskommissar Wulhofer hat Herrn Gandorfer über seine Schweizergeschäfte eine Ständrede gehalten, die sich mit den Grundregeln der Redlichkeit befachte. Es wird behauptet, daß Herr Gandorfer auch in Brillanten macht. Ein Mann, der ein öffentliches Amt in so schändlicher Weise mißbraucht, hätte allen Anlaß, mit weniger Annahme in der Öffentlichkeit aufzutreten. Die Regierung Hoffmann aber hätte alle Ursache, die Affäre Gandorfer einmal vor aller Öffentlichkeit gründlich zu beleuchten.“

Sitzung der Stadtverordneten zu Bad Oms, am 15. Mai 1919

Anwesend der Vorsteher Ermisch und 13 Stadtverordnete, vom Magistrat Bürgermeister Dr. Schubert, Stadthalter Dr. Balzer, Beigeordneter Hild, Schöffen Gräf und Dr. Trost.

Der Bürgermeister gibt zunächst einen Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten. Er betont, daß die Arbeit der Stadtverwaltung eine ganz erhebliche geworden ist. Die drei Gebiete Krieg, Lebensmittel, Befahrung haben in der Verwaltung einen derartigen Umfang angenommen, daß die Arbeit kaum noch bewältigt werden kann. Die Mehrarbeit ist auch zu erkennen in dem erhöhten Umfang der Stadtkasse. Dieser betrug vor dem Krieg 1500 000 Mark, 1917: 4 800 000 Mark, 1918: 5 450 000 Mark. Das Kassenniveau ist durch einen Sachverständigen geprüft worden, der sein Gutachten dahin ausgesprochen hat, daß alles tadellos in Ordnung ist. Das Kapitalvermögen betrug im Vorjahre 251 000 Mark. Der Zuwachs im 1. Jahre einschl. der Geheimrat Vogler-Stiftung belief sich auf 191 030 Mark, so daß das Kapital jetzt angewachsen ist auf 442 030 Mark, wozu noch der Schulschuld (Kaiser-Friedrich-Schule) und Ausgleichsfonds mit 124 000 Mark (inkl. 50 000 Mark für die Handwerkerdarlehen) kommen, so daß das Gesamtkapitalvermögen sich auf 620 000 Mark beläuft. Die Schulden betragen am 1. April 1914 1 620 785 Mark. Davon sind getilgt 378 240 Mark, so daß die Schuld herabgesunken ist auf 1 242 545 Mark. Also ist während des Krieges (außer 1915) die städtische Schuld regelrecht getilgt worden. Bezüglich des Kontos „Krieg“ teilt der Bürgermeister mit, daß nach dem Kriege eine allgemeine Entschuldung der Städte mit Beihilfe der Regierung eingelegt werden solle, und zwar etwa dadurch, daß vom Bezirksverband 4prozentige Darlehen gegeben werden. Die Tilgung würde dann 2 Generationen in Anspruch nehmen. Das Konto Krieg beläuft sich nur noch auf 300 000 Mark. Die Stadt hat 200 000 Mark Kriegsanleihe. Die lfd. Verwaltung ist normal und gut vorwärts gekommen, was zurückzuführen ist auf die höheren Einnahmen, z. B. Konto Holz 65 000 Mark Mehreinnahme. Es steht in Aussicht, daß durch die höheren Arbeiterlöhne, ev. Fallen des Beamtensteuerprivilegs eine weitere Erhöhung der Steuern eintreten wird. Das Konsolidationswesen ist fast ganz abgeschlossen. An Kriegsunterstützungen wurden im Vorjahre von April bis Dezember monatlich 36 000 Mark (für etwa 1200 Personen) gezahlt. Davon wird der weitaus größte Teil durch staatlichen Zuschuß gedeckt. Der Bürgermeister weist noch auf den Beschluß des Magistrats hin, die Steuern wie im Vorjahre zu belassen und bittet, in diesem Sinne zu beschließen.

Die Haushaltspläne für 1919, und zwar a) für die allgemeine Stadtverwaltung, b) für die Betriebsanstalten (Schlachthof, Wasserwerk, Kanalisationswerk, Volkshaus) kommen zur Beratung. Sie sind in gleicher Weise wie im Jahre 1918 aufgestellt. Neu ist die Vorlage eines Planes für außerordentliche und durchlaufende Verwaltung. Eine Reihe von Einnahme- und Ausgabequellen, die in der Regel nicht durch Steuern und Einnahmen aus dem Vermögen bestritten werden, waren früher auch in dem allgemeinen Haushaltsplan untergebracht. Da sie aber dort die Übersicht über die Verwaltung erschweren, sind sie dort ausgeschieden worden. Die Pläne sind sämtlich von der Finanzkommission geprüft worden und der Kommissionsbericht wird heute der Versammlung vorgetragen.

Aus diesem Bericht, zu dem Stadthalter Stadtschreiber Hinkel bei den einzelnen Punkten kurz den Standpunkt der Kommission vertritt, ist folgendes mitzuteilen: In Abschnitt 1 (Allgemeine Stadtverwaltung) betragen die Einnahmen 8170, die Ausgaben 52 359,97 Mark. (Gegen das Vorjahr keine wesentliche Änderung.) Die Kommission regt an, die Ersparnisse aus einzelnen Verwaltungsbetrieben an die allgemeine Verwaltung nach Prozenten festzusetzen. — Abschnitt 2 (Arbeitswesen): Einnahmen 10 013,75, die Ausgaben 24 297,75 Mark; sie haben sich um 1700 Mark gegen 1918 verringert. — Abschnitt 3 (Archiv- und Altertumsammlung): Einnahmen 120, Ausgaben 448 Mark. — Abschnitt 4 (Baubewirtschaftung): Die Einnahmen betragen 15 500, die Ausgaben 91 410 Mark, der auf rund 10 000 Mark angenommene Mehrausgabebetrag ist durch die erhöhten Arbeiter- und Fuhrlohn sowie Materialkosten begründet. Da die Hauptstraße durch die bedeutenden Lasten des Krieges besonders gelitten hat, regt die Kommission an, zu versuchen, bei dem Bezirksverband eine Erhöhung der vertraglich zugesicherten Prämie für Unterhaltung der Straßenstrecke zu erlangen. Die Kommission wünscht, es möchten bei der Straßenreinigung mehr ältere Personen beschäftigt werden. Es wird freudig begrüßt, daß der kleine Promenadenweg auf dem von der Erben Busch erworbenen Gelände neben der Mainzerstraße zum Ausbau kommt. — Abschnitt 5 (Friedhofsbewirtschaftung): Die Einnahmen 905, die Ausgaben 8314,36 Mark. Letzterer ist um 1700 Mark gegen das Vorjahr geringer, was darauf zurückzuführen ist, daß die Grundschuld getilgt worden ist. Die Kommission regt an, den Preis für Dauerpachtgräber mit Rücksicht auf die allgemeine Steigerung aller Ausgaben zu erhöhen. — Abschnitt 6 (Feuerlöschwesen): Ausgaben 1321 (500 Mark höher wie im Vorjahre, weil neue Schläuche angeschafft werden müssen). Auf Antrag Bleichrodt sollen noch 200 Meter Schlauchleitung angeschafft werden, und zwar so bald wie möglich. — Abschnitt 7 (Grundstücksverwaltung): Die Einnahmen sind auf 69 632,48 Mark, die Ausgaben auf 24 861,95 Mark veranschlagt. Bei der Einnahme zeigt sich eine Erhöhung von rund 17 000 Mark, die hauptsächlich auf die höheren Holz- und Jagdpachtpreise zurückzuführen ist. Eine Vermehrung der Ausgaben um 5000 Mark ist durch notwendige Wegeausbauten bedingt. Die Kommission regt an, eine Nachprüfung der früher festgesetzten Anerkennungsgebühren vorzunehmen. Der Staat setzt in allen Fällen als Mindestbetrag 3 Mark fest. Die Kommission hat mit Genehmigung Kenntnis davon genommen, daß die rückständigen Konsolidations-

Kosten bis auf einen geringfügigen Restbetrag eingegangen sind.

Abchnitt 8 (Wandel, Gewerbe und Kur-Angelegenheiten): Einnahmen 87, Ausgaben 8357 Mark (wie im Vorjahre). Für Anreize sind wieder 5555 Mark vorgesehen (in normalen Zeiten waren es 10 000 Mark). Der Grundstock für einen Aussichtsturm auf der Schönen Aussicht beträgt rund 1500 Mark. Die Kommission wünscht bei einer möglichen Kurverlängerung im Herbst für kleine Konzerte und zur Vereinfachung eines Legejammers für etwaige Wintergäste eine Vereinfachung von 2-3000 Mark. Weiter wünscht die Kommission, daß die verschiedenen Beiträge an Verkehrsverbände in Zukunft auf die Kurverkehrsstelle oder den Verkehrsverein als die zuständigen Stellen abzuwälzen seien. Die Vorschläge werden dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. — Abschnitt 10: Landwirtschaft. Einnahmen 215, Ausgaben 5600 Mark. Die Mehrausgabe von 300 Mark ist durch die Zuchtbullenhaltung und die Zustandshebung der Feldwege bedingt. Dieser Abschnitt enthält auch den Ausgabeposten, der die Bestimmung hat, Beihilfe bei dem Besuch einer landwirtschaftlichen Schule zu gewähren. Die Kommission hat den Wunsch, daß einmal ein junger Landwirt hierher Gebrauch machen möchte. Es soll ferner versucht werden, die Ziegenzucht weiter zu fördern. — Abschnitt 11 (Volkshaus): Einnahmen 1203, Ausgaben 1838 Mark. Eine Mehrausgabe von 2200 Mark gegen das Vorjahr ist hauptsächlich mit der in Aussicht stehenden Neuregelung der Nachtwache begründet. — Abschnitt 11. (Schlachthof.) — Abschnitt 13. (Schulwesen.) Einnahmen 34 683,50, Ausgaben 103 538,40 Mark. Auf Anfrage Sanner betr. Nichtanstellung eines Studienassessors an der Realschule erwidert der Bürgermeister, daß hier keine persönlichen, sondern nur sachliche Gründe maßgebend seien. Gegenwärtig seien zwei Stellen im Lehrkörper der Realschule unbesetzt und sollten auch vorläufig nicht besetzt werden, da man noch nicht wisse, was aus der Realschule werde, die ca. 45 000 Mark Kosten verursache. Ob eine Verstaatlichung stattfinden würde, sei ungewiß. — Abschnitt 14 (Standesamt): Einnahmen 305, Ausgaben 309 Mark.

Abchnitt 15 (Steuern): Die Zuschläge bei der Einkommensteuer betragen 160 v. H., als Grund- und Gebäudesteuer sollen wieder 2 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke und Gebäude erhoben werden. (Im Vorjahre war eine Erhöhung von 1,9 auf 2 v. H. beschlossen worden.) Als Zuschläge zur Gewerbesteuer werden wieder vorgeschlagen a) von Klasse 1 230 v. H., Klasse 2 220 v. H., von der 3. und 4. Klasse 190 v. H., als Zuschlag zur Betriebssteuer wie im Vorjahre 90 v. H.

Die gesamten Einnahmen aus den direkten Steuern betragen 241 380 Mark, die indirekten Steuern bringen im ganzen 11 900 Mark. Davon die Umsatzsteuer 8000 (seither 3000), die Verbrauchssteuer ist auf 2500 Mark veranschlagt gegenüber 5000 im Vorjahre (Fischmangel und Weinsteuer). Bei den Ausgaben ist zu erwähnen, daß an den Kreis 36 450 Mark zu zahlen sind, d. h. etwa 22 v. H. der gesamten Kreissteuer. Die Kommission ist der Ansicht, daß eine Verringerung dieser Summe eintreten würde, wenn die Einführung des ländlichen Grundbesitzes nach dem heutigen Wert erfolgen würde. Als Kapitalstock für Steuererüdgütungen sind 6000 Mark angesetzt. (Die Gründung dieses Stodes beruht auf einem früheren Beschluß der städtischen Körperschaften.) Die Kommission gibt der Erwägung anheim, ob angesichts der wiederholten Hotel-Inventar-Ausschlachtungen nicht die Einführung einer Umsatzsteuer am Platze ist um die Entfernung der großen Inventarwerte einzubämmen. Stadth. Hinkel empfiehlt größere Holz-fällungen, besonders von Eichenholz. Stadth. Bleichrodt betont, daß die Eichen im Distrikt „Hohe Bahn“ von vorzüglicher Qualität seien und denen im Stoffart nicht nachstünden. Der Bürgermeister erwidert, daß früher wegen Mangels an Holzfällern keine Fällungen vorgenommen werden konnten. — Abschnitt 16 (Vermögensverwaltung): Einnahmen 3123,85 Mark, Ausgaben 24 035,97 Mark. Bei der Ausgabe entsteht ein Mehr gegen das Vorjahr von 21 000 Mark durch Verzinsung und Tilgung der Kriegsschuld. Die Verzinsung der übrigen Schulden erscheint bei den einzelnen Betriebswerken sowie bei den Abschnitten Baubewirtschaftung und Schulwesen. An Kapitalvermögen der Stadt einschl. der Rücklagefonds der Betriebswerke sind hier nachgewiesen 302 000 Mark. Die Gesamtschulden betragen 1 310 482,81 Mark. Diese Schuld ist durch die Errichtung unserer Betriebsanstalten entstanden. — Abschnitt 17 (Verschiedenes): Zum Ausgleich der Einnahmen mit den Ausgaben sind hier 39 000 Mark vorgesehen.

Die Gesamteinnahmen und -Ausgaben betragen 451 043 Mark.

Ueber die Haushaltspläne der Betriebswerke wird folgendes berichtet:

Wasserwerk: Einnahmen 69 233 Mark (gegen das Vorjahr mehr 300 Mark, was teilweise auf die im Vorjahre beschlossene kleine Erhöhung des Wassergeldes zurückzuführen ist). Die Ausgaben sind bedingt durch Befolgung und Lohn mit 8120, durch sachliche Ausgaben mit 3534 Mark, Betriebs- und Unterhaltungskosten 20 176 Mark, Renovationen 3500 Mark. Die Schuld des Wasserwerks beträgt noch 145 343 Mark. Verzinsung und Tilgung dieser Schuld erfordert 27 412,90 Mark. An die Stadt liefert das Wasserwerk 6000 Mark ab gegen 10 800 Mark im Vorjahre. Der Etat vergleicht sich in Einnahme und Ausgabe mit 63 693 Mark.

Schlachthof: Einnahme 40 369 Mark, die an Schand und anderen Gebühren, Pacht und Miete, Zinsen vom Rücklagefonds sowie durch Eisverkauf eingeht. Der Eispreis ist erhöht worden. Der Schlachthof erfordert einen Zuschuß von 17 500 Mark. Die Ausgaben betragen ebenfalls 40 369 Mark. Es sind dies gegen das Vorjahr 1700 Mark mehr, die durch Pohnerehöhungen sowie Steigerung der Materialpreise bedingt sind. Die Küchellen werden zurzeit von den Besatzungstruppen in Anspruch genommen. Stadth. Hinkel befürwortet den Standpunkt der Kommission, daß versucht

werden müsse, einen Teil der Gebäudeanlagen anderweitig zu verwenden, vielleicht durch Heranziehung einer privaten Großschlachtereier oder durch den Import von Fleischschlachten. Die Kommission geht hierbei von der Ansicht aus, daß die nächsten Jahre keine erhebliche Zunahme der Schlachtungen zu erwarten sei. Der Schlachthof sei lediglich noch eine Kellerei. Stadth. Bleichrodt wünscht, daß alles hier zur Verwertung gelangende Fleisch durch den Schlachthof gehen müsse, um eine bessere Rentabilität desselben sicherzustellen. Schöffe Gräf stimmt den Kommissionsvorschlägen zu. In den ersten Jahren ging es gut, dann kam das Fleischstempelfgesetz, wodurch die Schlachthöfe gelitten hätten. Der gegenwärtige Zustand sei eine Folge des Krieges.

Kanalisationswerk: Einnahmen und Ausgaben verglichen sich mit 64 130 Mark. Die Einnahmen bestehen hauptsächlich aus den Kanalgebühren mit 47 000 Mark sowie aus den Zuschlägen der Kurkommission und der Stadt.

Volkshaus: Einnahmen und Ausgaben verglichen sich mit 4370 Mark; die gegen das Vorjahr eingetretene Mehreinnahme von 1500 Mark ist auf Erhöhung der Wohnpreise und die Abgabe von Wädem an die Befahrungstruppen zurückzuführen. Die Kommission regt an, den Wasserverbrauch durch Wassermeister festzustellen.

Ueber den außerordentlichen Haushaltsplan im allgemeinen zu sagen, daß er sich aus einer Friedens- und einer Kriegsabteilung zusammensetzt. In der ersten sind angeführt die Kosten der Konsolidation, die Kosten für etwaige Neuanlagen und Bauten. Zu der Konsolidation ist zu sagen, daß nur noch eine Ausgabe von 2150 Mark zu leisten ist und damit die ganze Schuld der Konsolidation gedeckt ist. Zu den vorgesehenen baulichen Anlagen schlägt die Kommission vor, das Projekt über einen Regenwasserkanal in der oberen Grabenstraße noch einmal der Baukommission vorzulegen, da der vorgesehene Betrag von 4500 Mark unübersichtlich hoch erscheint. Die Kommission regt an, einen Plattenbelag oder einen Streifen Kleinspalt in der Mitte von der Bahnhofstraße bis zum Kurhaus anzulegen. Die Kommission wirft die Frage auf, ob die Volkshäuser fernerhin noch notwendig erscheinen resp. ob es nicht angebracht sei, den Preis für eine Suppenportion zu erhöhen. Der außerordentliche Etat schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 990 000 Mark. Der Bericht der Kommission spricht der Führung der städtischen Verwaltungsgeschäfte noch besondere Anerkennung aus. — Die einzelnen Vorschläge der Kommission werden dem Magistrat zur Prüfung überwiesen.

Der Haushaltsplan wird genehmigt. Die Steuern werden wie oben angegeben festgesetzt. Vorsteher Ermisch spricht den Mitgliedern der Kommission für die gelebte Mithewaltung den Dank namens der Versammlung aus.

Der Magistrat legt den Entwurf zu einem Tarifvertrag vor, der zwischen ihm und den Vertretern der städtischen Arbeiter vereinbart worden ist. 1. Regelmäßige tägliche Arbeitszeit 8 Stunden; Ueberstunden und Sonntagsarbeit nach Möglichkeit zu vermeiden, wenn sie nicht im Betriebsinteresse notwendig sind. Wenn nötig, sind sie vom Arbeiter auszuführen. Die Arbeitsleistung wird nach Stundenlohn vergütet. Dieser soll betragen: für gelernte Arbeiter über 21 Jahre 1,30 Mark, für desgl. von 18-21 Jahre 1,10 Mark; für Betriebsarbeiter über 21 Jahre, soweit sie als Hilfsarbeiter Maschinenwärter, Hilfsinstallateure, usw. beschäftigt werden, 1,10 Mark. Für die übrigen Betriebsarbeiter sind die Sätze, wie nachstehend angegeben, maßgebend, nämlich für Kolonnenarbeiter über 21 Jahre 1 Mark, von 18-21 Jahren 80 Pfg., von 16-18 Jahren 60 Pfg., von 14-16 Jahren 50 Pfg. Für besonders schmutzige Arbeiten wird ein Stundenzuschlag von 10 Pfg. bezahlt. Für Arbeiter, die durch Invalidität oder Unfall in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, soll besondere Festsetzung erfolgen. Lohn und Rente sollen die Höhe des Durchschnittslohnes der gleichen Arbeitsgruppe erreichen. Dem Entwurf wird zugestimmt.

Bevilligung von Feuerungszulagen für 1919. Der Magistrat hat beschlossen, den städtischen Beamten für 1919 die Feuerungszulagen für die Zeit vom 1. April bis 30. September nach den staatlichen Sätzen zu bewilligen. Die Monate Januar, Februar und März sollen nicht berücksichtigt werden. Die Mittel sind auf Kriegskonto zu nehmen. Es gelangt eine Eingabe der städtischen Beamten zur Verlesung, worin diese insbesondere darauf hinweisen, daß ihre Leistungen nicht geringer seien, wie die der Staatsbeamten und Lehrer, die die Zulage bereits erhielten, daß sie jedoch wegen ihres geringeren Gehalts von der Feuerung noch mehr betroffen würden wie jene. — Der Bürgermeister teilt dazu mit, daß es sich um die neue Feuerungszulage handle, bei welcher die unteren Beamten bevorzugt seien. Im ganzen würde die Bewilligung für das halbe Jahr eine Ausgabe von 27 500 Mark beanspruchen. Stadth. Sanner ist gegen die vorgeschlagene Norm, da ein Mißverhältnis zwischen Gehalt und Feuerungszulage bestehe; letztere sei bei manchen doppelt so hoch wie das Gehalt. Man solle jedem Beamten für das halbe Jahr eine Zulage von 750 Mark geben. Demgegenüber weist Stadth. Geheimrat Reuter darauf hin, daß gerade die Geringverdienenden eine höhere Zulage bekommen sollten wie die im Gehalt Bessergestellten. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, den städtischen Beamten dasselbe zuteil werden zu lassen wie den staatlichen. Schöffe Gräf stimmt dem zu. Stadth. Bleichrodt hat eine vergleichende Tabelle über den Tagesverdienst der städtischen Beamten ausgearbeitet, die er zur Verlesung bringt. Es zeigt sich, daß mit einigen Ausnahmen die Beamten sich mit den Feuerungszulagen teils gleich, teils nur unwesentlich höher stehen als die Arbeiter mit ihrem Stundenlohn von 1,30 Mark. Nachdem Stadth. Hinkel noch die Bewilligung auf ein halbes Jahr, von April bis September, empfohlen hatte, jedoch ohne Bindung für die Zukunft, — wird der Magistratsantrag angenommen.

An die französische Republik wird ein 8 Meter breiter Geländestreifen zur Anlage eines Friedhofes für französische resp. alliierte Soldaten abgetreten.

In die Kommission zur Beratung städtischer sanitärer Interessen wird, da Sanitätsrat Dr. Stemmler abgelehnt hat, Sanitätsrat Dr. Koch gewählt.

In den neu gegründeten Schulausschuß der Kaiser Friedrich-Schule werden die Stadth. Geheimrat Reuter, Pabst und Sanner sowie aus der Bürgerwehr Direktor Reif, E. Geisler und Frau Dr. Müller gewählt.

Der Vorsteher teilt noch mit, daß Schreinermeister Georg Müller sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt hat.

Aus

... eine längere ... hierende

... Kraft getre

...: M

... den Mai f

... zu warme

... das Erdr

... knospen u

... Beweis

... Gieß bede

... und gute

... „egen“ ode

... hen“ und

... richtet st

... die rechten

... noch kann

... die Äpfel

... auch gewö

... eine andau

... chen, die d

... ünfungen

... als die G

... und hoch

... eine bessere

... und Kälte

... mbl wie

... Summe dur

...: Nie

... heute kurz

... Anzucht

... durch die G

... gens, das i

... freitens

...: Fre

... d. Heber

... Rarmischer

... enige dera

... während a

... werden sin

... dieses hat

... dem Reich

... schelten ha

... leben könn

... sollen

... demokrati

... der Hilfsp

... in einer

... der Bollzei

... Verhältnisse

...: Sob

... wäre im

... nach Spazier

... dem A

... ist M

... Aus

... e Sch

... Militär

... der Zeit

... infolge d

... konfrigen

... M

... haben vor

... noch ha

... werden.

... Beschädi

... Schadens

... ist

... befindli

Aus Provinz und Nachbargebieten

Polizeistunde. Aus dem Unterlahnkreise. Um eine längere Arbeitszeit zu ermöglichen, hat der Kommandierende General des 9. Armeekorps entschieden, daß die Zivilbevölkerung von 4 Uhr morgens bis 11 Uhr abends verkehren kann. Diese Anordnung, die im heutigen Kreisblatt bekanntgemacht ist, ist bereits am 12. ds. Mts. in Kraft getreten.

Mai kühl und naß. Fast alle Wetterregeln für den Mai sind auf kühl und naß gestimmt. Der trockene, allzu warme Mai des vergangenen schlechten Obstjahres, der das Erdreich austrocknete und die herlich angelegten Knospen weiß und dürr zur Erde fallen ließ, hat uns den Beweis für die Richtigkeit dieser Regel geliefert. In der Gasse heißt es: „Ein kühler Mai und naß dabei — Gibt viel und gutes Getreide“. An der Mosel: „Pfingstregen — Weinreben“ oder „Regen im Mai gibt für kurze Zeit Wein und Getreide“ und was der feuchten Wintersprüche mehr sind. Geachtet sind der Kältefälle wegen die drei auf „a“, die rechten Lumpen, und die „Kälte Sophie“ (15. Mai). Doch kann die Frucht, wenn sie schon Knospen angelegt hat, die Kälte besser vertragen als die zarte Blüte. Und die wohl gewohnte Blüte ist widerstandsfähiger als die durch eine andauernd warme Blütezeit verwöhnte, wie die Menschen, die durch eine rauhe Jugend gegangen sind, die Enttäuschungen und Bitterkeiten des Lebens leichter überwinden als die Glückseligen. Die sind es, die Leidgeschickten und doch Hoffnungsvollen, die den sieghaften Glauben an eine bessere Zukunft nicht verlieren, die trotz Nachschneien und Kältefällen ausharren und durchhalten, bis endlich, endlich wieder eine erwärmende, belebende, segenspendende Sonne durch düstere Wolken bricht.

Niederkaltstein, 14. Mai. In der Nähe der Bahnbrücke stürzte gestern nachmittag ein kleines Kind, das einige Augenblicke ohne Aufsicht gelassen war, in die Bahn. Durch die Geistesgegenwart und den Mut eines jungen Mädchens, das ins Wasser ging, wurde das Kind vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Frankfurt a. M., 9. Mai. In Frankfurt ist die Ueberrest der Revolutionstage vom November ein Marineicherheitsdienst übriggeblieben, der nunmehr die einzige verbleibende Marineicherheitsorganisation im Reich ist. Während alle andern mit den Arbeiterweihen verschmolzen worden sind. Ein Vertreter des hiesigen Marineicherheitsdienstes hatte dieser Tage eine längere Unterredung mit dem Reichswehrminister. Diese und soll dort die Zusicherung erhalten haben, daß der bisherige Dienst weiter bestehen bleiben könne und ihr Charakter als „Seetruppe“ gewahrt bleiben soll. Zu gleicher Zeit werden aber durch das sozialdemokratische Blatt tiefgreifende Unimmigkeiten zwischen der Hilfspolizei und dem Marineicherheitsdienst bekannt. In einer Versammlung der Hilfspolizei, der einerseits der Polizeivorstand und andererseits der Leiter des Marineicherheitsdienstes bewohnte, nicht geklärt werden konnte.

Söberrheim, 12. Mai. Ein großer Waldbrand wüthete im städtischen Walde, den aller Wahrscheinlichkeit nach Spaziergänger verursachten. 300 Morgen Waldbestand ist dem Feuer zum Opfer, sodaß der Schaden sehr erheblich ist.

Aus Bad Ems und Umgegend

Schäden durch die Besatzung. Der Vorkommende Militärverwaltung des Unterlahnkreises wünscht in dieser Zeit eine zahlenmäßige Angabe der Beschädigung an, infolge der Besatzung an Haus, Hof, Schenke, Mobiliar, sonstigem Eigentum entstanden sind. Deshalb sind bis zum Montag den 19. Mai inklusive diese vorerwähnten Angaben von jedem, welcher Beschädigung gehabt hat oder zur noch hat, an das städtische Einquartierungsamt einzureichen. Die Angaben können in Positionen je nach Art der Beschädigungen zusammengefaßt werden. Die Art des Schadens ist genau anzugeben. Die bereits zum Teil im amtlichen Aufnahmeverzeichnis der Schäden durch die Regierungskommunikation hat mit dieser Sache nichts zu tun. Die bei dem Einquartierungsamt bereits früher einzeln angemeldeten Schäden sind dagegen nochmals in die jetzt verlangte Aufzeichnung einzubeziehen.

Aus Diez und Umgegend

Zur Berufswahl. Viele junge Menschen werden mit der Schulentlassung vor die in der jetzigen Zeit schwere Frage der Berufswahl gestellt. Wahrscheinlich immer noch unter dem Eindruck des Krieges mit seiner heftigen Entwicklung der Technik läßt sich da auch jetzt eine starke Ueberhöhung der Ausichten aller mit der Zeit im Zusammenhang stehenden Berufe beobachten. Gerade auch in unserer Gegend ist der dieses Jahr ganz gewöhnliche Andrang zum Schlosserberuf direkt überraschend. Der Beruf ist mit Lehrlingen überfüllt, während die anderen Handwerker Mühe haben, überhaupt Lehrlinge zu erhalten. Man scheint da die Zeichen der Zeit zu erkennen. Reist wird bei uns das Schlosserhandwerk gewählt in der Hoffnung, in dem großen Staatsbetrieb der Nähe unterzukommen. Man braucht gerade kein Meister zu sein, um da bei der jetzigen traurigen Entwicklung unserer Verhältnisse Enttäuschungen voraussetzen zu können. Es ist in absehbarer Zeit wohl eher mit einer starken Abnahme als mit einer Weiterentwicklung und vermehrten Arbeitereinstellung dieser Betriebe zu rechnen, woraus wohl die technische Entwicklung bei uns stark zu erkennen wird. Eine starke Ueberfüllung dieser Berufe wird wohl mit Bestimmtheit eintreten. Das steht aber wohl fest, daß fast alle anderen Handwerke nach den Verhältnissen der Kriegszeit auf Jahrzehnte hinaus eine starke Abnahme nehmen werden; das wahrscheinliche Zurückgehen der Fabrikindustrie wird sich hier nur vorteilhaft auswirken machen. Jedenfalls liegen hier die Ausichten düsterer.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems

Lebensmittelverteilung.

Salzfleisch: 300 Gramm, das von den Militären überwiegen wurde, auf Nr. 1 der Einfuhrzulasskarte für Fleisch am nächsten Samstag bei sämtlichen Metzgermeistern. Empfangsberechtigt ist jeder, der im Besitze einer Fleischkarte ist. Ein Unterschied zwischen Erwachsenen und Kindern wird nicht gemacht. Der Verkaufspreis beträgt für 300 Gramm 3,42 M.

Das Fleisch darf unter keinen Umständen in rohem Zustande gegessen werden; es ist zu kochen. Die Metzgermeister haben im Verkaufslokal die auszugebende Menge sowie den Verkaufspreis an sichtbarer Stelle auszuhängen.

Ausbeute: 100 Gramm am nächsten Freitag, bei den Inhabern der Kundenliste auf Nr. 20 der Lebensmittelkarte.

Zucker: 750 Gramm auf den fälligen Abschnitt der Zuckerkarte in sämtlichen hiesigen Kolonialwarenhandlungen.

Spätzkartoffeln: Die Besteller von Spätzkartoffeln erhalten nunmehr auch den Rest der Bestellung geliefert. Die Lieferfrist kann von Montag, den 18. ds. Mts. ab im Verbrauchsmittelamt in Empfang genommen werden.

Bad Ems, den 14. Mai 1919.

Verbrauchsmittelamt.

Kundenliste.

Am 1. Juni ds. Js. tritt ein Wechsel in den Kundenlisten für den Verkauf der sogenannten Nahrungsmittel (Häfer, Floken, Graupen, Grieß pp.) ein. Die jetzigen Verkäufer für diese Waren scheiden also mit dem 31. Mai ds. Js. für den Verkauf aus und treten an ihre Stelle für die Monate Juni, Juli und August die nachgenannten Geschäfte:

1. Firma Albert Rauth,
2. Heinrich Paul Witte,
3. Henriette Thalheimer,
4. Christian Gröfel,
5. Johann Böck,
6. Konsum-Verein „Emserhütte“.

Jeder Einwohner der Stadt, der im Besitze einer Lebensmittelkarte ist, kann sich in der Zeit vom 15. bis 25. ds. Mts. unter Vorlage der Lebensmittelkarte bei einem der vorgenannten Geschäfte als Kunde eintragen lassen; er kann dann die von der Stadt verteilten Nahrungsmittel in dem gewählten Geschäfte einkaufen.

Bad Ems, den 15. Mai 1919.

Verbrauchsmittelamt

Solange Vorrat

Holzsandalen

beweglich mit Segeltuchkappen, in allen Größen, jedes Paar 3 Mk.

Holzschuhe

zum Teil ganz aus Leder in allen Größen, 5 Mk. das Paar.

Schuhhaus M. Stern, Bad Ems.

Römerstraße 62, Telefon 196

Grundstücks-Verkauf.

Am Samstag, den 17. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr lassen die Erben des **Karl Phil. Schupp** in der Gastwirtschaft **Zum Lindenhof**, Esch, ihren auf der Weidell, Kartenbl. 71, Parz. 26, gelegenen **Garten**, 5 a 60 qm groß, öffentlich meistbietend verkaufen.

DAMEN-SALON

wieder eröffnet.

Empfehle mich in

Kopfwaschen, Frisieren und Ondulieren.

Max Maier, Diez,

Herren- u. Damenfriseur.

Für bevorstehende Feldarbeit

Kräftige Rindleder-Schuhe u. -Stiefel

für Kinder, Mädchen, Knaben, Frauen und Männer

zu sehr vorteilhaften Preisen im

Leder- u. Schuhwaren-Haus

Adolf Meyer,

Diez,

Marktplatz 8.

(905)

Wald-Café Lindenschach

bei Bad Ems

Wiedereröffnung

Sonntag, den 18. Mai. 1919

Schweizer Milchkuranstalt

von heute ab wieder geöffnet.

Bad Ems, den 16. Mai 1919.

(987)

Verloren

am Sonntag, den 4. Mai

goldene Armbanduhr

Bahnhof Nievern.

(919)

Einziges Andenken an einen gefallenen Krieger. Abzugeben gegen hohe Belohnung in der Geschäftsstelle der Emser Zig.

Eine Anzahl guter Risten

preiswert abzugeben.

Adolf Meyer, Diez, Marktplatz.

(983)

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen, sowie für die liebevolle Pflege der Schweftern des Diakonissenheims, die schönen Kranzspenden und den Herren Trägern sagen herzlich Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Frau Karl Lemler Ww. und Kinder

Bad Ems, den 16. Mai 1919.

Pa. Milchziege

zu kaufen gesucht

Nach. in der Geschäftsstelle d. Zig.

Schneidergehülfe

für sofort gesucht

Arthur Müller, Nassau,

Oberstraße 6.

Ein Ziegenmutterlamm

zu verkaufen

Carl Raffine, Weißer Stein,

Bad Ems.

Ein Einfamilienhaus

möglichst mit Garten zu mieten

eventl. zu kaufen gesucht

gebote mit Preisangabe unt. 159

a. die Geschäftsstelle d. Zeitung

erbeten.

(981)

Wohnungen

in jeder Größe

zu vermieten.

Hotel Bella Riva, Ems.

Kleiner, schwarzer

Doberman

mit braunen Flecken auf den Na-

men. Lili. hörend

entlaufen.

Wiederbringer erhält gute Be-

lohnung. Ganning, Ems,

193

Lahnstraße 29.

Euro.

Brasilianischer Gottesdienst.

Freitag abends 7,30

Samstag morgen 8,30

Samstag nachmittag 8,15

Samstag abends 9,00

Zahnersatz nur bestes Material

unter Garantie. 1502

Zahnziehen u. Plombieren

möglichst schmerzlos.

Behandlung sämtl. Kassenmitgl.

V. Ehrenberg, Diez, Rosenstr.

Kirchliche Nachrichten.

Bad Ems.

Evangelische Kirche

Sonntag, 18. Mai. Cantate.

Vorm. 10 Uhr: Predigt.

Wort: 10 Uhr: Hr. Pfarrer

Kopfermann.

Text: Amos 6, 6 u. 15.

Lieder: 134, 208 u. 4.

Nachm. 2 Uhr: Hr. Pfarrer

Kopfermann

Text: Josef wird von seinen

Bildern verkauft.

Lieder: 243, 241 B. 5

Amstwoche: Hr. Pf. Kopfermann.

Nassau.

Evangelische Kirche.

Sonntag, 18. Mai. Cantate.

Vorm. 10 Uhr: Predigt.

Text: 2 Tim 2, 8-13.

Nachm. 2 Uhr: Hr. Pfarrer

Kopfermann.

Text: Josef wird von seinen

Bildern verkauft.

Lieder: 243, 241 B. 5

Amstwoche: Hr. Pf. Kopfermann.

Nassau.

Evangelische Kirche.

Sonntag, 18. Mai. Cantate.

Vorm. 8 Uhr: Hr. Def. Wilhelm.

Nachm. 10 Uhr: Hr. Pf. Schwarz.

Christenlehre für die weibliche

Jugend.

Amstwoche: Hr. Pf. Schwarz.

Gräulein aus guter Familie

zur Stütze der Hausfrau,

welche Lust zum Kochen hat

und mit serviert, in Gasthaus

mit Sommerfrische in der

Nähe von Bad Ems zu bal-

digem Eintritt gesucht. 1919

Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Stundenmädchen

sucht

Papiergeschäft Niederruhr,

Bad Ems.

Braves, fleißiges

Mädchen

in kleinen Haushalt bei gutem

Lohn gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Perfekte

Kragenbüglerin

sofort gesucht.

Näh. in der Expedition der

Diezer Zeitung.

(982)